

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 82. Ratssitzung vom 16. Dezember 2015

1530. 2015/352

Postulat von Matthias Probst (Grüne) und Eva Hirsiger (Grüne) vom 04.11.2015: Aufhebung von Parkplätzen der Blauen Zone im nahen Perimeter des Neubau- projekts der Allgemeinen Baugenossenschaft an der Toblerstrasse

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Matthias Probst (Grüne)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1375/2015): Die blauen Zonenparkplätze sind ein temporärer Zustand. Sie sind dazu da, dass die Liegenschaften, die es aus historischen Gründen nicht geschafft haben, ihre privaten Parkierabstellanlagen auf eigenem Grund anzubieten, dies temporär auf öffentlichem Grund tun können. Sie tun dies so lange, bis sie durch einen Neubau diese selber zur Verfügung stellen können. Viele Private, wie namentlich hier die ABZ, bauen neue Liegenschaften, in deren näheren Umkreis sich Blaue-Zonen-Parkplätze befinden. Die Stadt müsste also eigentlich die Blaue-Zonen-Parkplätze entsprechend reduzieren, weil sie von der ABZ nicht mehr benötigt werden. Die Genossenschaft hat den Auftrag bekommen, eigene Abstellplätze zu bauen. Wir sind deshalb der Ansicht, wie dies auch vom Kanton vorgeschrieben ist, dass wenn ein Privater dies neu auf seinem eigenen Grund anbieten kann, das öffentliche Angebot dementsprechend reduziert werden muss. Entweder sollen die Privaten nicht mehr gezwungen werden, selber Abstellplätze anzubieten, wenn diese schon vorhanden sind oder aber die Blaue-Zonen-Parkplätze werden entsprechend reduziert.*

***Derek Richter (SVP)** begründet den von Martin Götzl (SVP) namens der SVP-Fraktion am 18. November 2015 gestellten Ablehnungsantrag: Die Toblerstrasse liegt im Kreis 7 und die Begründung des Postulats ist mehr als haarsträubend. Eine temporäre Installation sind Blaue-Zonen-Parkplätze nicht. Ein Anwohnerparkplatz kostet jährlich viel Geld. Zudem ist mehr Nachfrage als Angebot vorhanden. Der Vorteil der Blauen Zone ist ein möglichst grosser Benutzerkreis, die Reduktion des Suchverkehrs im Quartier und eine Reduktion des Individualverkehrs im Wohngebiet.*

Weitere Wortmeldungen:

***Guido Trevisan (GLP):** Man muss hier die Situation der Neuüberbauung anschauen. Bisher befanden sich auf der Fläche, die neu gebaut wird, 114 Wohnungen mit 30 Parkplätzen ohne Besucherparkplätze. Neu werden dort 163 Wohnungen entstehen mit 100 Tiefgaragenplätzen. Wenn man sich das isoliert anschaut, den Neubau und die Blaue Zone, kann man sicher zum Schluss kommen, dass es nicht städtische Aufgabe ist, die Parkplätze zur Verfügung zu stellen. Man kann aber das Projekt nicht isoliert anschauen. Denn auf der anderen Strassenseite gibt es auch Häuser und Wohnungen, die keinen Parkplatz zur Verfügung haben. Wir unterstützen das Postulat, aber nicht in*

der absoluten Form. Insbesondere bitten wir den Stadtrat zu prüfen, wie man eine Lösung für die anderen Anwohner finden kann.

Urs Fehr (SVP): Ich wohne dort in der Nähe und es ist wirklich so, dass es in diesem Umfeld praktisch nie einen freien Blaue-Zonen-Parkplatz gibt. Wenn man diese Parkplätze streicht, wird der Suchverkehr nur noch erhöht. Nicht jeder kann sich einen Tiefgaragenplatz leisten. Es wäre verheerend für das Quartier, denn es gibt jetzt schon zu wenig Parkplätze.

Simon Diggelmann (SP): Die SP unterstützt das Postulat. Wenn das Parkplatzangebot von 30 auf 108 um 360 % gesteigert wird, gibt es durchaus Spielraum, um zu prüfen, ob es Streichungspotenzial bei den Blaue-Zonen-Parkplätzen gibt.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Jetzt geht man gegen die Blaue Zone vor, gleichzeitig will man überall bei Wohnsiedlungen die eigenen Parkplätze reduzieren. Es ist eine Kampfansage gegenüber jenen, die ein Auto haben oder auf ein Auto angewiesen sind. Es ist ein Pilotprojekt, man möchte dies nachher so weiterführen. Auf dem eigenen Grund sind die Parkplätze oft sehr teuer. Nicht jeder kann sich das leisten. Man hat auf einen Blaue Zonen-Parkplatz keine Garantie und das Angebot ist sehr knapp bemessen.

Markus Hungerbühler (CVP): Das Neubauprojekt generiert neue Parkplätze. Aber es gibt Leute, die nicht dort wohnen und einen Parkplatz in der Blauen Zone benötigen. Es ist nicht einsichtig, warum diese Parkplätze abgebaut werden sollen. Das ist eine Diskriminierung. Es muss ein gesundes Miteinander zwischen allen Verkehrsträgern geben. Man muss dem MIV nicht unnötig das Leben schwer machen.

Thomas Kleger (FDP): Für das stark bewohnte Quartier ist es nicht förderlich, wenn die Parkplätze abgebaut werden. Manche Anwohner, die vielleicht Gehprobleme haben, sind auf einen Platz vor dem Haus angewiesen und sollten nicht noch weit bis zu ihrem Auto laufen müssen. Man kann von den Privaten auch nicht verlangen, dass sie alle Parkplätze für Besucher auf ihrem Grund erstellen müssen.

Matthias Probst (Grüne): Die Blaue Zone ist nicht für Besucher da, sondern für Anwohner. Besucherparkplätze wird es auf dem Areal nachher mehr geben als vorher. Das war eine städtische Auflage. Man zwingt Private teure Abstellplätze auf eigenem Grund zu erstellen und nachher konkurrenziert man sie. Die Tiefgaragenplätze stehen nachher leer, weil es rundherum viel zu viel Abstellplätze gibt, die zu Dumpingpreisen auf dem Markt sind.

Derek Richter (SVP): Ein Tiefgaragenplatz kostet ungefähr 150 Franken im Monat, weit über 1000 Franken im Jahr, was sich einfach nicht jeder leisten kann.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.



3 / 3

STR Filippo Leutenegger: *In gewissen Gebieten haben wir mit den Neubauten ein gutes Parkplatzangebot und dort wird auch ein Abbau an Blaue-Zonen-Parkplätzen durchgeführt. Im Gebiet Toblerstrasse gibt es im ganzen Kreis tendenziell zu wenig Parkplätze. Wir haben Untersuchungen gemacht und dort wurde offensichtlich, dass sich in einem solchen Fall der Suchverkehr auch in einen anderen Kreis verschieben kann. Das wollen wir natürlich nicht. Wir analysieren dies deshalb genau.*

Das Postulat wird mit 73 gegen 50 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat